

Preis der Einzelnummer 10 Pfennige

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 8spaltige Beilage 25 Bfg.
für auswärts 30 Bfg., die 2spaltige
Beilage 10 Bfg., die 1spaltige
Beilage 5 Bfg. Anzeigen mit
Wahlbestimmung werden
besonders herabgesetzt.
Bei Wiederholung Rabatt
laut Tarif.

Die Volkswacht erscheint wöchent-
lich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 35 Bfg.,
vierteljährlich 1,00 Mk., einjährlich
3,50 Mk. In den Abbestellstellen
man 10 Bfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 1,02 Mk.,
einjährlich 3,52 Mk. Einzel-
nummer 10 Bfg.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 45

Danzig, Sonnabend den 11. November 1916

7. Jahrgang

Polens Erneuerung

Folgendes Manifest wurde am Sonntag durch den
kaiserlichen Generalgouverneur in Warschau,
General der Infanterie v. Beseler, verkündigt:
An die Bewohner des Gouvernements
Warschau.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der
Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn, getragen
von dem festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen
und von dem Wunsch geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit
schweren Opfern der russischen Herrschaft entzogenen polnischen Ge-
biete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen,
sind dahin übereingekommen, aus diesen Gebieten einen selbst-
ständigen Staat mit erblicher Monarchie und kon-
stitutioneller Verfassung zu bilden. Die genauere
Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen bleibt vorbehalten.
Das neue Königreich wird im Anschluß an die beiden ver-
bündeten Mächte die Bürgschaften finden, deren es zur freien
Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee
sollen die ruhmvollen Überlieferungen der polnischen Heere früherer
Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Krieger in
dem großen Kriege der Gegenwart fortleben. Ihre Organi-
sation, Ausbildung und Führung wird in gemein-
samem Einvernehmen geregelt werden.

Die verbündeten Monarchen geben sich der zuverlässigen
Hoffnung hin, daß sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler
Entwicklung des Königreichs Polen nunmehr unter gebotener Rück-
sichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und
auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker
erfüllen werden.

Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreichs Polen
aber werden an ihrer Ostgrenze einen freien, glücklichen und
seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freuden
neu erblicken und ausblühen sehen.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers.
Der Generalgouverneur.

Eine Rundgebung gleichen Inhalts wurde von dem
K. und K. Militär-Generalgouverneur in Lublin, Feldzeug-
meister Rul., bekanntgegeben.

Wolffs Telegraphenbureau meldet aus Warschau vom
5. November:

Prachtvolles Herbstwetter begünstigte den heutigen ge-
schichtlichen Tag Polens. Lebhaftige Bewegung der Bevölkerung
in den Straßen und Ansammlung Tausender auf dem Schloß-
platz und in den Höfen der gewaltigen Gebäude kündigten die
neue Epoche an.

Um 12 Uhr verlas Generalgouverneur v. Beseler im
Kolonnensaal die Proklamations in deutscher Sprache, worauf
Graf Hutten-Czapski sie polnisch wiederholte. Der Rektor der
Universität Brudzinski dankte. Der Schluß seiner Rede ging
unter in dem jubelnden Ruf Niech Zyje und immer neu wieder-
holtem Händeklatschen. Viele polnische Festgäste waren zu
Tränen gerührt. Sodann hielt Generalgouverneur v. Beseler
folgende Ansprache:

„Mitten im Loben eines Weltkrieges führt der hoch-
herzige Entschluß der verbündeten Monarchen den lang-
gehegten Wunsch nach einem selbstständigen polnischen Staate
der Verwirklichung entgegen. Der trübe Zweifel: Was soll
aus uns werden? findet keinen Raum mehr in den polnischen
Herzen; ein neues großes Ziel ist ihnen gesteckt. Es gilt den
Aufbau ihres künftigen Staates. Noch blühet das Land aus
tausend Wunden und noch läßt sich verlangen auch von ihm
der Kampf gegen seinen einstigen Unterdrücker neue Opfer.
Überall aber leuchtet neues Leben. Überall regt sich das
Streben nach tätiger Teilnahme am Befreiungskampfe und
an der Arbeit zur Heilung der vom Kriege geschlagenen
Wunden. So treten Sie denn vertrauensvoll an unsere
Seite, so wie auch wir Ihnen unser Vertrauen entgegen-
bringen, um den Kampf zu einem glücklichen Ende zu führen
und in gemeinsamer Arbeit den festen Grund zu legen für
das polnische Königreich, in dessen Geburtsstunde wir heute
stehen. Möge es sich als ein starkes Glied in den Bund der
Staaten Europas einfügen, die durch die gleichen geistigen,
politischen und wirtschaftlichen Interessen miteinander ver-
bunden und aufeinander angewiesen sind. Das Wort der
erbauten verbündeten Monarchen verbürgt Ihnen Ihre
Zukunft. Der polnische Staat erhebt und bald wird, so
hoffen wir, ein polnisches Heer, das sich aus freiem Willen
um seine Fahnen schart, als Symbol staatlicher Selbst-
ständigkeit zu seinem Schutz bereit stehen. Der glücklichen
Zukunft des Königreichs Polen gilt mein Wunsch.“

Die Ansprache rief neue Begeisterung hervor. Die raus-
schenden Demonstrationen setzten sich nach Schluß des feierlichen
Abend auf dem Schloßhof und in den Straßen fort, wo

Generalgouverneur v. Beseler auf der Rückfahrt nach seinem
Wohnsitz, Schloß Belvedere, der Mittelpunkt umherwandernder
freundlicher Rundgebungen wurde.

Und es wäre falsch, in dieser Stunde die Bedenken
zu verhehlen, die manchen patriotischen Mann bei uns
hindern, mit freudigem Herzen den kühnen Schritt gut-
zuheißen, der mit dem Manifest getan wird.
Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

In der Geschichte der Leiden Polens bildet der Weltkrieg
von 1914/16 eines der am tiefsten erschütternden Kapitel. Aber
so schweres Polen in diesen Jahren erlebt hat, so hat es doch
nicht zu hoffen aufgehört. Auf diesem großen Leichenfeld
Europas, inmitten aller Schrecken der Vernichtung, hat sich der
nationale Lebenswille kraftvoll geregt. Seine Energie, seine
diplomatische Geschicklichkeit stehen vor dem ersten großen
Erfolg: vor der Wiederaufrichtung eines selbstständigen polni-
schen Staatswesens mit zunächst 12 Millionen Bewohnern.

Die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zum
polnischen Problem ist von eindeutiger Klarheit. Die Sozial-
demokratie hat von der bürgerlichen Demokratie die Förde-
rung eines freien Polens übernommen, und sie hat stets an
dem Satz von Karl Marx festgehalten, daß die Macht des
Zarismus „nur wirklich unschädlich gemacht werden kann durch
Wiederherstellung Polens auf demokratischer Grundlage“. In
dieser grundsätzlichen Stellungnahme liegt schon alles mitein-
geschloffen, was zu dem soeben vollzogenen geschichtlichen Akte
zu sagen ist. Die Sozialdemokratie will ein freies polnisches
Volk, wie sie ein freies deutsches Volk will, in dem gemeinsamen
Besitz staatsbürgerlicher Freiheitsgüter erblickt sie das einzig
feste, zuverlässige Band, das die beiden Völker zusammenhalten
kann, zu friedlichem Wirtschaftsaustausch wie zur Abwehr
drohender Gefahren von außen.

Einstweilen wird man sich der Hoffnung hingeben dürfen,
daß das Manifest von Warschau einen ersten Schritt auf
diesem Wege bedeutet. Die Aussichten für Polen, zu einer
wirklichen freien Staatsverfassung zu gelangen, erscheinen
wesentlich gebessert. Eine Nation, der von allen Seiten die
freie staatliche Entwicklung zugesagt ist, eine Nation, die mit
den Ausläufern ihres Volkstums weit in das Gebiet dreier
Großmächte hineinreicht und in der ganzen Welt alte, ge-
schichtlich begründete Sympathien genießt, eine Nation schließ-
lich, deren Vertreter überall mit Klugheit und Fähigkeit für
ihre Ziele zu wirken verstehen — eine solche Nation hat keinen
Grund mehr, an ihrer Zukunft zu verzweifeln.

Das Manifest, das der Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch
vor zwei Jahren in Warschau erließ, war voll unklarer, könen-
der Verheißungen. Aber es wurde für die Polen und die
Polenfreunde in Rußland das Signal, um eine fieberhafte
Arbeit zu beginnen, die auf eine Erklärung der polnischen
Unabhängigkeit durch Rußland hinstellte. Mit dem Verlassen
der gesetzgeberischen Tätigkeit in Petersburg und mit der Ver-
änderung der Kriegslage wurde diese Arbeit doppelt gegen-
standslos. Auch die Frühjahrsreise der russischen Duma-
deputation nach England, Frankreich und Italien, an der
polnische Abgeordnete als Wortführer ihrer Sache teilnahmen,
hat an diesem negativen Ergebnis nichts geändert, sie hat aber
bei den Teilnehmern den Eindruck hinterlassen, daß von seiten
der Westmächte der Errichtung eines selbstständigen polnischen
Staates nichts im Wege steht.

Das Manifest von Warschau bietet den Polen für ihre
künftige staatliche Freiheit ein noch viel besseres Unterpfand.
Es bildet gewissermaßen ein wertvolles Hauptstück in einer
Kette von politischen Anstrengungen, die alle überall das
gleiche Ziel verfolgen. Und so werden es die Polen auf der
künftigen Staatenkonferenz, die Europa seine neue friedliche
Gestalt geben wird, ausschließlich mit Mächten zu tun haben,
von denen ihnen das Recht auf selbstständige Existenz mehr oder
weniger deutlich zuerkannt worden ist.

Ausführlicheres wird erst zu sagen sein, wenn die Debatte
über die Kriegsziele freigegeben sein wird. Wir nehmen an,
daß diese Freigabe in der kürzesten Zeit zu erwarten ist. In
den wiederholten Debatten über dieses heikle Kapitel hat der
Reichskanzler immer wieder erklärt, daß dem deutschen Volk
vor einer endgültigen Festlegung der Kriegsziele die Gelegen-
heit gegeben werden soll, in voller Freiheit seine Meinung
auszusprechen.

Unendlich viel wird ja auch von der Art der Ausführung
abhängen, von der Bedeutung, die den Worten „konstitu-
tionelle Verfassung“, „selbständiger Staat“, verliehen werden
wird. Je deutlicher sich dabei herausstellen wird, daß dem
polnischen Volk sein Schicksal frei in die eigene Hand zurück-
gegeben werden soll, desto mehr werden auch diese Bedenken
schwinden.

Das letzte Wort wird die Geschichte sprechen. Der Frieden
ist keine einseitige Willenserklärung, sondern ein Vertrag.
Möge dieser Vertrag so bald wie möglich geschlossen werden!

Möge er allen Völkern, dem deutschen wie dem polnischen
Volk die Freiheit bringen!

Geschichtlich hat die Zeit von Deutschland und Oesterreich
ausgesprochene Wiederherstellung des selbstständigen polnischen
Staates einen bemerkenswerten Ausgangspunkt. Diese beiden
Mächte — Oesterreich und Preußen — waren es, die im Jahre
1772 die erste Teilung Polens mit Rußland veranlaßten! Da-
durch fiel auch Westpreußen an den preussischen Staat.

Das Zentralorgan unserer österreichischen Genossen, die
in polnischen Fragen gut unterrichtete Wiener Arbeiter-
Zeitung, schreibt am Schluß eines die Geschichte Polens
behandelnden Artikels in richtiger Einschätzung:

„Staatliche Neuschöpfungen entspringen niemals in der Voll-
endung der Idee aus dem Schoße der Geschichte. Sie unterstehen
dem Befehl der Stunde und der Umstände, sie tragen an sich das
Ursprungszeichen der Machtfaktoren, durch die sie werden. In der
Vorstellungswelt der deutschen wie der österreichischen Sozialdemo-
kratie hat ein vielfach anderes Bild des Werdens wie der Gewor-
denen gelebt. Das Geschaffene gehört der Zeit an, und sie muß
sich mit ihm auch bescheiden. Immerhin ist die Wiederherstellung
einer freien Heimat für eine der ältesten und geprüften
Nationen Europas eine Tat und die erste positive Gestaltung im-
mitten des Weltkrieges. Wir begrüßen sie um des polnischen Volkes
willen als solche Tat. Einmal gelebt, gehört sie der Geschichte an
und ist bestimmt, aus sich heraus der kommenden Entwicklung zu-
zustreben.“

Am Schluß eines zweiten Artikels, der sich mit der vom
österreichischen Kaiser ausgesprochenen Selbständigkeit
Galiziens beschäftigt, sagt das Wiener Parteiblatt ebenso
zutreffend:

„Die Schwelle einer neuen Zeit, einer neuen Geschichte über-
schreitet heute das polnische Volk. Unermessliche Arbeit liegt vor
ihm und die gewaltigste Kraftanstrengung ist von ihm gefordert,
wenn es der großen Aufgabe gerecht werden will. Möge dem
tapferen Volke, das nie gestorben ist, so oft sein zuckender Leib
auch zerschüttert ward, zu der weltgeschichtlichen Leistung die Kraft
nie fehlen!“

Auf eine Umfrage des Berliner Tageblatt äußerte
Genosse Philipp Scheidemann sich über das neue
Polen:

„Ich wünsche ein vollkommenes freies Polen, und ich wünsche,
daß dieses Polen Deutschlands Freund sei. Aber zur Liebe kann
man keinen zwingen. Brauchen wir Polens Freundschaft, so müssen
wir eine entsprechende Politik treiben. Bindungen, die nicht aus
beiderseitigem freien Willen erfolgen, sind schädlich.“

Auch der Frieden ist keine einseitige Willenserklärung, son-
dern ein Vertrag. Alle Regelungen, die heute getroffen werden,
sind nur vorläufig. Zur Wiederherstellung des Friedens
muß das deutsche Volk alles tun, was mit seiner Selbsterhaltung
und Selbstachtung vereinbar ist. Jeder Frieden wird ihm recht
sein, der kein Frieden der Niederlage ist.

Wie die Polen und die aufgestärkten Russen selbst hassen wir
den Zarismus, aber wir sind durchaus keine Feinde des russischen
Volkes. Wir wollen keine Revanchestimmung des Ostens. Das
wahre Ziel ist die Errichtung eines freien Polens nach den Wünschen
des polnischen Volkes selbst und mit Zustimmung aller an den
Friedensverhandlungen beteiligten Mächte. Ob dieses Ziel erreicht
wird, hängt nicht von uns allein ab. Wir wollen nach dem Kriege
mit allen Völkern in Frieden und Freundschaft leben, ganz be-
sonders auch mit einem freien polnischen Volk.“

Aus gleichem Anlaß sprach Genosse Eduard Bernstein
keine Ansicht so aus:

„Die Herstellung Polens, das heißt, die Sicherung der Selbst-
bestimmung und Selbstregierung des polnischen Volkes ist eine
alte Forderung der Demokratie, für die die deutsche Sozialdemo-
kratie niemals unterlassen hat, ihre Stimme zu erheben. Sie ist
das Erbe unserer großen Vorkämpfer Marx und Engels, Lassalle
und Liebknecht, das wir hochgehalten haben, als alles um uns herum
den Gedanken als unmöglich und Schlimmeres verspottete. Wir
haben stets in der Herstellung eines freien, über sein eigenes Ge-
schick bestimmenden Polens eine der unerlässlichen Bedingungen
eines wahrhaft freien Europas erblickt, und was dieser Krieg
offenbart hat, konnte nach meiner Überzeugung die Sozialdemo-
kratie nur in dieser Auffassung bestärken. Wir würden es daher
freudig begrüßen, wenn aus diesem Krieg ein solches freies Polen
hervorginge, und werden es als unsere Aufgabe zu betrachten
haben, nach unseren Möglichkeiten dafür einzutreten, daß der Ge-
danke in der vollen Tragweite der Grundzüge der Demokratie zur
Verwirklichung kommt. Jedes Abweichen von diesen Grundzügen,
jeber Versuch, Polen eine andere Gestalt zu geben, als sie diesen
Grundzügen entspricht, würde sich, das hat die Geschichte gezeigt,
in den Wirkungen als ein Unglück für Europa und für Polen er-
weisen. Nur als ein Bindeglied zwischen den Nationen des Westens
und des Ostens kann Polen in unserer Epoche wahrhaft frei sein
und gedeihen.“

Kriegsnachrichten

Das Ringen an der Somme

beschreibt Georg C. u. r. in seinem 7. November im Berliner Tageblatt in seiner stiftlichen Ansprache:

Das schlichte Wetter macht die Schlammkämpfe um einige Grade grauiger. Die Engländer beginnen zu mühen. In ihren Blättern lagen sich wilde Superlative über die Gräueltaten der vor sich liegenden Kämpfe. Je nun, auch das englische Volksteil muß die Gräueltaten des Krieges kennen lernen, die man die gut bezahlten Soldaten ohne Mitleid und Erbarmen tragen ließ. Die Engländer haben heute in der tiefsten menschlichen Not ihren Mann zu stehen. Ihre Gräben zwischen La Bassée und Cambrai sind von Wägen durchzogen, und Brustwehren und Wände russchen. Draußen sind die tief verfallenen Felder mit unzähligen Pfählen und kleinen Granatenweibern bedeckt. Hier heißt die Kämpfer der Wille ihrer Befehlshaber an. Die Bulle de Warfencourt soll programmäßig genommen werden, damit man auf dem Weg nach Sopavme der Höhe sicher ist. Aber es will nicht gelingen. Auch von Guudecourt aus will man nordöstlich vordringen und dort Herr der Höhen sein. Vorgestern war's nicht gelungen und gestern war die Kraft der Angreifer für das gewohnte Ziel ungenügend. Oder schreckten hier die vielen englischen Leichen die Angreifer unterwegs ab? Reichenweise wurden sie vorgestern hingestreckt. Vor dem Abschnitt eines deutschen Bataillons wurden allein 600 tote Engländer gezählt. Opfer des jüngsten Debacie. Schauerliches Kriegsgelände! Auch die Franzosen greifen weiter an. Es ist keine Last so groß, daß die etwaig gefahrten bleibenden Vorkurs sie nicht immer wieder übernehmen würden. Rund acht Monate ist es her. Da kämpften sie im Wald von Avocourt im Frühjahr. Hunderte verankerten im Morast. Damals wie heute geschah es, daß Verwundete und Ermattete nichts anderes mehr waren als ein Krüdenbehelf, den der Stärkere ohne Zaudern, ohne Erbarmen beschritt, wenn er nur endlich festen, reitenden Boden fand. Und jetzt im Baastwald zusammengepreßte durchdrückte Menschen, tief im Schlamm liegend. Jeder Tag wird dem Unternehmen ungünstiger, aber die Befehle jeden Tages bleiben sich gleich: Der Wald von St. Pierre Baast wird genommen! Trommelfeuer. Der Morast schließt die Granaten gierig und läßt sie oft in keinem sanften Schuß nicht zur Explosion kommen. Dann wieder reißt eine unstillbare Dredschleuder die Erde tief auf und schafft den Regenströmen ein breites Bassin, das vielleicht schon die nächste Stunde mit Toten und Sterbenden füllen wird. Gasfächer hängen in den zerfetzten Bäumen und warten auf die Windstauer, die sie zerstreuen sollen. Ein gemeiner, abstoßend häßlicher Kampf! Was soll hier ein Vorstoß? Die in Dred und Wasser stehenden Verteidiger wehren ihn ab, während die Angreifer nach mit dem jähnen Morast kämpfen. Ein tolles, menschenverachtendes Unterfangen. Da kamen sie gestern um 17 Uhr abends wieder daher und in der Nacht noch einmal. Es konnte und wollte ihnen nicht glücken. Dann begann wieder ein wütendes Feuer auf den Wald, den man nun von drei Seiten umklammert und immer noch nicht durchgehen kann. Vor Transon hatten die Engländer viele Batterien spielen lassen, und dann fand sich ihre Infanterie ziemlich weit vor. Sie konnte sich vorübergehend Mithalten, aber schließlich schickte sie ein Gegenstoß blutig heim.

Wie soll das nun weitergehen? Es ist doch nicht daran zu denken, daß große Stellungserhebungen noch glücken werden. Die Ausichten der Offensive sind alatt in dem realen Morast verchwunden, in den sich das Sommegebiet vermandelt hat. Der Angriffskrieg fordert unter den heutigen Verhältnissen vom Gegner unbedingt größere Opfer als von uns. Aufreiben? Jermürben? Die Erfahrungen der beiden Kriegsjahre müssen den Feind doch wissen lassen, daß der deutsche Soldat zu duden und zu stehen weiß.

Die Kämpfe vor Verdun

Der deutsche Tagesbericht meldet die Räumung der Feste Vaux. Es wird dabei ausdrücklich hervorgehoben, daß sie freiwillig und befehlsmäßig von untern Truppen verlassen worden ist, ohne Einwirkung des Feindes, nachdem zuvor durch unsere bisherige Belagerung wichtige Teile der Feste gesprengt worden waren. Nach einer Berliner Meldung der „Frankfurter Zeitung“ war eine Anzahl Vertreter, die am Abend des 1. November davon unterrichtet worden, daß das Fort in der Nacht vom 1. zum 2. November planmäßig geräumt werden würde. Die militärisch rechtlichen Gründe für die Räumung der ehemaligen Feste Vaux sind einleuchtend. So schreibt daselbst die „Blatt“. Das Fort Douaumont und das Fort Vaux spielen im Kampf um Verdun solange eine Rolle, als sie mit voller Kampfkraft als Fort in französischem Besitz waren. Deshalb mußten sie zur Überwindung der Festung Verdun von uns ungenügend gemacht werden. Nachdem die Festung von uns ungenügend gemacht wurde, haben sie in untern Besitz nur vorübergehende Stützpunkte für die französische Armee. Der Übergang des Gebietes in dem das ehemalige Fort Douaumont liegt in französischen Besitz verleiht es eigentlich der Bedeutung, die dem Fort gegeben war, nicht mehr für die Besetzung dieses Gebietes durch französische Truppen zu bringen. An sich ist das Gelände der Festung zur Verteidigung in Westen und Süden ungeeignet. Aus diesen Gründen ist von untern Truppen das Fort Vaux freiwillig aufgegeben worden. Unfre Kampfkraft ist weiter schwächer als eine weniger markierte. Von französischen Artilleriegeschützen weniger aus gelegte Stellung zurückgezogen.

Die Scherung des Ringens um Verdun zeigt die Stellung der beiden Parteien in folgenden Bemerkungen: Verdun war als ein Ausfallort gebaut, als der sichere Stützpunkt eines Vorstoßes gegen Deutsch-Lothringen, wo Reg nicht nur als Schutzwehr Westdeutschlands, sondern ebenfalls als Bedrohung der wichtigsten deutschen Stützpunkte an der für die Deutschen vorteilhaften Rheinfront hatte errichtet. Die nach Nordfrankreich vorgeschobenen deutschen Truppen in der Fronte und im Rücken hatten und behalten und überließ die deutsche Kriegsmarine ihrer wichtigsten Stützpunkt Verdun. Diese Gefahr war es, der

zu bezwecken die deutsche Vorkantung im Frühjahr den Angriff gegen Verdun unternahm. Man ist sich wohl bewusst, wie sehr die an sich strategisch gefährdete Lage Deutschlands als des Westfrontes nach Verdun verschärft wird, daß gerade seine westlichen Randländer Belagerungen und die Rheinprovinz die industriell wichtigsten, durch ihr Erz- und Kohlenvorkommen für das wirtschaftliche Leben wie namentlich für den Kriegsbetrieb unentbehrlichen sind. Ihre Beschaffenheit bewirkt, daß sie nur nicht defensiv geschützt werden können, sondern daß sie Verteidiger notwendig den Krieg über die Grenze tragen muß, weil in diesem industriell entwickeltesten Landstrich des kontinentalen Europa die Bewehrungen des Krieges von den entscheidendsten Folgen wären. Die Ergebnisse des südlichen Ost- und Ostpreußens waren blutige Epochen, daselbst Gelübde, auf die Rheinprovinz oder auf Deutsch-Lothringen übertragen, hätte fast eine Katastrophe bedeutet.

Der Krieg mit Rumänien

Aus Sofia meldet der „Pester Lloyd“: In einer Unterredung äußerte sich der bulgarische Ackerbauminister Dr. Dintschew über Bulgariens Wirtschaftslage. Die Erhebung der Dobrudscha hat uns eine der größten Kornkammern Europas in die Hand gebracht. Die ganze diesjährige Ernte in der Dobrudscha wird nun von uns eingebracht.

Die rumänischen Zeitungen teilen offiziell mit: Da infolge des Vordringens der feindlichen Heere in der Dobrudscha die Möglichkeit eines Ueberstreichens der Donaulinie durch den Feind sich vergrößert, hat die oberste Heeresleitung befohlen, die Fluszdämme, welche die Donauarme durch die Sumpfbiete leiten, zu durchbrechen. Die bedeutende Verbreiterung des Flusses wird dem Feind den Flußübergang erschweren, wenn auch nicht verhindern, und vermindert die dem Lande vom Süden her drohende Gefahr.

U-Boote im Eismeer

Das Berliner Tageblatt schreibt: Die deutschen U-Boot-Mannschaften, die vor einiger Zeit von einer Unternehmung im Nördlichen Eismeer zurückgekehrt sind, haben über ihre Ergebnisse und über die Zustände im Nördlichen Eismeer allerhand Interessantes zu berichten gewußt. Die See ist dort oben im Wellengang zwischen Nordsee und Atlantik, Hagelböden und Schneegestöber sind keine Seltenheiten, aber eine Vereisung des Schiffes findet nicht statt. Als überwältigend schön schildern unsre U-Boot-Leute den Anblick der Nordlichter und das Meerestuchten. Die Nordlichter wirkten überdies sehr oft ablenkend auf die Kompass. Bei schwerem Seegang, der dort oben häufig ist, kam es vor, daß die Geschützbedienung oft genug bis an den Leib im Wasser stand und nur durch besondere Anstrengung verhindern konnte, von Bord gespült zu werden. Die Nähe des Golfstroms wirkte mildernd auf die Temperatur. Die meisten der versenkten Schiffe hatten Lebensmittel an Bord, die nach Rußland fahrenden englischen Schiffe wiejen namhafte Heringslabungen auf. Es war oft ungemün schwer, die Mannschaften der versenkten Schiffe abzusehen, da die Küste nur schwach bevölkert ist. So kam es, daß Mannschaften versenkter Schiffe wiederholt an Bord eines U-Bootes genommen werden mußten und sich dort tagelang befanden. Die norwegischen Mannschaften, von denen einmal 22 mehrere Tage an Bord eines U-Bootes waren, werden von untern Leuten als frühe sympathische Kameraden geschildert.

U-Boot 29 verloren — Die Mannschaft gerettet

F. I. B. meldet: Nach einer Meldung des Chefs des Admiraltabes der Marine ist abends das Unterseeboot „U. 20“ in Rebel nördlich Bööberg an der westjütischen Küste festgekommen. Alle Abzweckungsversuche waren erfolglos. „U. 20“ wurde daher am 5. November mittags gesprengt, nachdem die Besatzung von untern Torpedobooten geborgen war.

Englischer Kreuzer verient

Amlich meldet F. I. B.: Am 23. Oktober hat ein untern Unterseeboot einen englischen kleinen Kreuzer älteren Typs mit zwei Schornsteinen westlich Irland vernichtet.

Stärke und Verluste der Entente

Die in Newyork erscheinende Wochenchrift „Independent“ bringt nach dem Londoner „Journal“ oft the Union of Democratic Control“ eine Uebersicht über die Stärke der im gegenwärtigen Kriege aufgestellten Heere. Es ist darin angegeben, was im Juni 1915 verfügbar war, was seitdem bis Ende 1915 hinzugezogen ist und welche Verluste die Armeen erlitten haben. Die Verlustziffern umfassen die Zahl der Getöteten und Vermissten, erhöht um 20 v. H. der Verwundeten, die voransichtlich nicht wieder diensttauglich werden, und 3 v. H. als an Krankheit verstorben oder dauernd dienstunbrauchbar geworden.

Danach waren im Juni 1915

	verfügbar	neu hinzugezogen	zusammen
in Rußland	6 200 000	3 200 000	9 400 000 Mann
in Frankreich	3 600 000	750 000	4 350 000
in England	1 500 000	1 400 000	2 900 000
in Italien	1 400 000	500 000	1 900 000

so daß der Bierverband nicht weniger als 18 520 000 Mann auf die Beine gebracht hat, wobei Belgien, Serbien und Montenegro nicht berücksichtigt sind — von Japan ganz zu schweigen.

Die Verluste sind angegeben:

für Rußland mit	2 940 000 Mann
für Frankreich mit	1 560 000
für England mit	347 000
für Italien	220 000

Diese modernen Zahlen erhalten ihre Bedeutung erst, wenn man sie mit der Größe der Bevölkerung vergleicht. Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich vom Jahre 1915 betrug die Bevölkerung in den Jahren 1910 oder 1911:

in Rußland rund	106 000 000
in Frankreich rund	40 000 000
in England	46 000 000
in Italien	35 000 000

Hiernach beträgt die Stärke der aufgestellten Heere im Verhältnis zur Bevölkerung:

in Rußland	5,6 v. H.
in Frankreich	10,5
in England	6,3
in Italien	5,3

Frankreich hat weitaus die im Verhältnis zu seiner Bevölkerung stärkste Armee aufgebracht; wie er höchst es ist, zeigt die geringe Differenz des Nachschubes — 750 000 Mann.

Die Verluste betragen:

für Rußland	31,3 v. H. d. Heeresstärke	2,7 v. H. d. Bevölkerung
für Frankreich	30,8	3,9
für England	22,0	0,8
für Italien	11,8	0,6

Politische Rundschau

U-Deutschland glücklich gelandet!

Diesmal hat Reuter keine Falschmeldung in die Welt gesetzt. Die Nachricht von der Ankunft der U-Deutschland an der noramerikanischen Küste, durch ein Reuter-Telegramm verbreitet und hierzulande auf Grund früherer Erfahrungen mit Mißtrauen aufgenommen, ist als richtig bestätigt worden. Danach hat also das Untersee-Schiff-Deutschland zu drittem Male den Atlantischen Ozean durchquert und ist ein drittes Mal allen feindlichen Nachstellungen glücklich entronnen. Wir hier zu Hause sind für die Leistung kaum den richtigen Maßstab, weil wir uns eine klarer Vorstellung der Gefahren einer solchen Reise, die neben der technischen Leistung auch unerhörte Anforderungen an die gesamte Besatzung stellt, wohl schwerlich zu machen vermögen. Das Tagebuch des Kapitäns König über die erste Ausreise seines Schiffes kann freilich auch auf „Landratten“ belehren einwirken.

Erhöhung der Familienunterstützung.

Der Reichstag hat vor seiner Vertagung die vom Hauptauschuß beschlossene Resolution über die Erhöhung der Familienunterstützung angenommen. Die Resolution fordert in Sinne des sozialdemokratischen Antrages 20 Mark für die Frau des Kriegsteilnehmers und 10 Mark für jeden weiteren Angehörigen als Reichsunterstützung. Die Gemeindefürsorge sollen nach dem Grade der Bedürftigkeit bemessen, also keineswegs herabgesetzt, sondern in bestimmten Gemeinden erhöht werden.

Die Regierung hat sich trotz Drängen des Reichstages nicht zu genauen Erklärungen über die Ausführung der Resolution bewegen lassen, sie hat aber, wie der „Vorwärts“ mitteilt, eine wesentliche Erhöhung der Unterstützung in Aussicht gestellt.

Wie verlautet, soll die Erhöhung nach den in der Resolution geforderten Sätzen in Aussicht genommen sein. Die Reichsunterstützung würde dann also ab 1. Januar 20 Mark für die Frau und 10 Mark für jeden weiteren Angehörigen betragen.

Am 1. Dezember soll ein außerordentlicher Zuschuß zu den Unterstützungen gezahlt werden, der voraussichtlich 10 Mark für die Frau, 5 Mark für jeden weiteren Angehörigen betragen dürfte.

Damit wäre wenigstens ein Teil dessen, was der sozialdemokratische Antrag verlangte, erreicht. Mögen die Erwartungen unserer Krieger und ihrer Familien nicht getäuscht werden!

Das Gesetz über die Schutzhaft.

Das vom Reichstag am 4. November einstimmig beschlossene Gesetz über die Schutzhaft befaßt in der Hauptsache: Gegen einen Deutschen ist die Anordnung oder Aufrechterhaltung der Haft oder einer Aufenthaltbeschränkung durch die vollziehende Gewalt auf Grund des Kriegs- oder Belagerungszustandes nur dann zulässig, wenn sie zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches erforderlich ist. Der Haftbefehl ist schriftlich zu erlassen und dem Verhafteten bei der Verhaftung, und, falls dies nicht möglich ist, unverzüglich nach der Verhaftung bekanntzugeben. Auf Verlangen ist ihm eine Abschrift zu erteilen. Im Haftbefehl sind die der Verhaftung zugrunde liegenden Tatsachen anzugeben. Gegen die Verhaftung steht dem Verhafteten das Rechtsmittel der Beschwerde an das Reichsmilitärgericht zu. Bei Zustellung des Haftbefehls ist dies dem Verhafteten zu eröffnen. Die Entscheidung über die Beschwerde erfolgt ohne vorgängige mündliche Verhandlung, falls nicht das Gericht eine solche verfügt. Auf Antrag des Verhafteten muß eine mündliche Vernehmung stattfinden. Das Gericht kann die Vernehmung des Verhafteten durch einen beauftragten Richter vornehmen. Der Verhaftete muß spätestens am Tage seiner Verhaftung durch den Amtsrichter des Bezirkes, in welchem die Verhaftung erfolgt ist, darüber vernommen werden, ob und welche Einwendungen er gegen seine Verhaftung zu erheben hat. Der Haftbefehl ist aufzuheben, wenn der in ihm genannte Grund oder der damit zu erreichende Zweck hinfällig geworden oder der Kriegs- oder Belagerungszustand aufgehoben ist. Wenn die Haft länger als einen Monat dauert, so hat das Reichsmilitärgericht über die Fortdauer der Haft zu entscheiden. Wird die Fortdauer der Haft angeordnet, so hat das Reichsmilitärgericht die Sachlage alle zwei Monate neu zu prüfen.

Vor der Annahme dieses von den Parteien beantragten Gesetzes betonte Genosse Scheidemann als Vorsitzender der vorbereitenden Kommission, daß die Regierung eine schwere Verantwortung auf sich laden würde, wenn sie auch nur eine Minute zögern würde, ihm zuzustimmen.

Der Reichstag

vertagte sich am 4. November, nachdem er vom 28. September tätig gewesen, bis zum 13. Februar. Genosse Ebert, der Nationalliberale Bassermann und Genosse Haase für die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft widersprachen vorher und wünschten eine frühere Einberufung. Staatssekretär Helfferich stellte die frühere Eröffnung in Aussicht, wenn der auch während der Vertagung verhandelnde Ausschuß es mit der Regierung für notwendig hält. Die Sozialdemokraten stimmten gegen die Vertagung.

Die Berufung des Ausschusses auch während der Vertagung des Reichstages ist eine Neuerung. Sie soll der Volksvertretung die Möglichkeit geben, laufend von der Regierung unterrichtet zu werden. Als eine ähnliche Forderung unzulänglich im englischen Unterhause, das auf seine liberalen Einrichtungen sehr stolz ist, erhoben wurde, lehnte die Regierung entschieden ab. Lord Robert Cecil wandte sich mit aller Schärfe da-

Danziger Nachrichten

Sinfonie-Konzert im Stadttheater.

Unter Leitung des ersten Kapellmeisters Viktor Wollgang Sch warz findet Sonntag, mittags 11 1/2 Uhr, das erste Sinfonie-Konzert statt. — Neben L. v. Beethovens Sinfonie Nr. 7 in A-dur, und Franz Liszts „Tasso“ werden Sinfonische Variationen für großes Orchester von Georg Stauber hier zum erstenmal zu Gehör gebracht. — Die Direktion beabsichtigt, im Laufe dieser Spielzeit drei weitere Mittags-Konzerte folgen zu lassen. — Es gelten ermäßigte Preise.

Dritte städtische Volksvorstellung.

Am nächsten Sonntag, den 12. November, nachmittags 3 Uhr, findet im Stadttheater nach vierzehntägiger Pause die dritte von der Stadtverwaltung veranstaltete Volksvorstellung statt. Zur Aufführung gelangt das alle Vorzüge seiner Art ausweisende Lustspiel in drei Aufzügen „Der Herr Senator von F. v. Schönhan und Nadelburg“. Es ist lobenswert, daß der Einheitspreis von 30 Pfennig für jeden Platz, ohne Unterschied des Ranges, beibehalten ist. Wir betrachten es auch als selbstverständlich, daß diese einheitliche Berechnung der Plätze, die nur durch das Los verteilt werden, beibehalten wird. Nach anderer Richtung müssen wir die Bemängelung wiederholen, die wir schon für die beiden ersten Vorstellungen ausgesprochen mußten. Diesmal hatte der Magistrat insgesamt 16 Verkaufsstellen für die Eintrittskarten vorgesehen; sieben befanden sich in der inneren Stadt und neun in den Vorstädten. Auch diese Verteilung hat nicht dafür sorgen können, daß die Karten in der Hauptsache an die arbeitenden Kreise der Stadt abgegeben werden konnten. Gleich nach der ersten Ausgabe der Tagesblätter begann am Dienstag der Kauf. Wir mußten sehr irren, wenn in einer Stelle nach 5 Uhr nachmittags noch Karten zu haben gewesen sind, obwohl sie z. B. der „Volkswacht“-Buchhandlung erst nach 3 1/2 Uhr geliefert wurden. Die naturgemäße Folge sind noch unfreundliche Bemerkungen dieser, d. h. schon so früh ohne Billett abgewiesen werden müssen. So früh dürften die beruflich Arbeitenden nicht im wesentlichen Maße über die Zeit zur Erwerbung von Karten verfügen. Daher sollte sich der Magistrat endlich zu dem Vertriebe der Karten für diese Vorstellungen durch die Organisationen und unter Umständen die Betriebe entschließen. Dazu führen auch noch andere Gründe. Mit Recht wurde in den bürgerlichen Blättern darüber getagt, daß der Andrang zu den sonstigen Vorstellungen des Stadttheaters so groß sei, daß sich daraus ein Unbehagen entwickelte. Nach Bekanntwerden des Spielplans reichten sich die Billettkäufer vor dem Theatergebäude auf. Es wurde deshalb gefordert, daß der Verkauf in einer Weise geregelt werden soll, der die Ansammlungen ausschließt. Wir möchten zur Erklärung dieses Umstandes darauf hinweisen, daß der Andrang zum Theater so stark ist, daß man schon am Sonntag kein Billett — es handelte sich um nummerierte Gallerie — mehr für die Vorstellung am nächsten Sonntage zu kaufen bekommt. Für die Anziehungskraft der Bühne und das künstlerische Streben ihres Leiters ist dies zwar höchst löblich. Für die Besucher aber nicht angenehm. Wenn so der Tagesbesuch des Theaters unter dem Eindruck der Verhältnisse beschränkt wird, mußte um so eher dafür gesorgt werden, daß die Volksvorstellungen so gut wie möglich denjenigen vorbehalten werden, für die sie eingerichtet sind.

Der Arbeiter-Schachklub Danzig hält seine Spielabende in diesem Winter am Freitag jeder Woche abends im Bibliothekszimmer der freien Gewerkschaften, 4. Damm 7, 2 Treppen, ab. Es ist erfreulich, daß der Schachklub einen Kursus für Anfänger eingerichtet hat. Damit ist jedem geistig strebenden Arbeiter die Gelegenheit geboten, das vornehmste der Brettspiele kennen zu lernen. Da der Kursus unentgeltlich ist, wäre rege Beteiligung nur zu wünschen. Alles Nähere ergibt die Anzeige in dieser Nummer.

Hilfskräfte zur freiwilligen Krankenpflege

können sich im Laufe der folgenden Woche werktäglich von 9 bis 1 Uhr vormittags im Oberpräsidium, Zimmer 91, melden. Alles Nähere ergibt die heutige Anzeige.

Danziger Stadttheater

Lannhäuser.

Oper von Richard Wagner.

Wie in allen seinen Werken behandelt Wagner auch im Lannhäuser deutschen Sagenstoff. Jene Mär von dem fahrenden Sänger und Ritter Lannhäuser, der zur Frau Venus in den Hörselberg fuhr, dort der Liebe pflegte und den dann die Menschen und die Kirche für immer von sich stießen und verdammt. Dieser tragischen Geschichte fügt Wagner seine Erkösungsstübe ein. Die Menschen mit ihrer grausamen Moral, die unduldsame Kirche stießen den Irrenden von sich. Durch die aufopfernde Liebe des reinen Weibes Elisabeth wird Lannhäuser jedoch erlöst.

Die Oper entstand im Jahre 1845. Sie hatte lange nicht den Erfolg, den Wagner erwartet hatte. In Paris rief sie 1861 ersten berühmten Theaterstempel hervor, bei dem der adlige Jockeyklub die Aufführung mit Pfeifen und Getrampel fast unmöglich machte. Heute ist Lannhäuser die Lieblingsoper sowohl der Deutschen als auch der Franzosen.

Unter Leitung des Herrn Schwarz erfährt das Werk bei den Aufführungen in der vorigen Woche eine glänzende Wiedergabe. Die Schönheiten der Wagnerischen Musik, die sinnliche Glut der Venusbergsgene, die packende Macht und Leidenschaft des Sängerkrieges auf der Wartburg, die ergreifende Feierlichkeit der Pilgerchöre kamen vollendet zur Geltung. Auch die Sänger und Sängerinnen verdienen durchweg Lob. Fr. Boh als Venus, Fr. Tapsen als Elisabeth,

G. m. b. H.-Speisehallen.

Die Danziger Speisehallen wurden bekanntlich nicht vom Magistrat als städtische Einrichtungen bewirtschaftet. Sie unterliegen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Nunmehr soll dieses Verfahren geändert und die Speisehallen von der Stadt übernommen werden. Am 7. November beschloß die Vereinigung ihre Auflösung. Die sieben Speisehallen nebst sämtlichen Forderungen und Verbindlichkeiten sind dem Magistrat übertragen. Zunächst führt die Stadt die Hallen in der bisherigen Weise fort. In kurzer Zeit soll dann die Ausdehnung der Volksspeisung zu einer wirklichen Massenspeisung erfolgen.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen

hatte am 8. November im Gesellschaftshause eine Versammlung, in der Herr Fluhs zunächst Bericht erstattete. Der Kriegsausschuß ist dahin vorstellig geworden, daß er in der Preisprüfungsstelle des Regierungsbezirks Danzig eine Vertretung erhält. Als Vertreter sollen vorgeschlagen werden die Herren Gehl, Fluhs und Rih. Es soll weiter dahin gewirkt werden, daß für die Milch Erzeugerhöchstpreise von dem Herrn Regierungspräsidenten festgesetzt werden und für Danzig keine Erhöhung des Preises für Vollmilch und Magermilch erfolgt. — Ferner wurde gewünscht, daß auch Enten und Gänse in die Fleischkarte mit einbezogen und Höchstpreise festgesetzt werden. Wenn für das Pfund Speckgans 12 Mark gefordert wird, dann solle wegen übermäßiger Preissteigerung eingeschränkt werden. Dadurch, daß die Preise so hoch geschraubt werden, wird der Anreiz gegeben, die Gänse und Enten mit wertvollen menschlichen Nahrungsmitteln zu füttern. Der Bevölkerung wird also Getreide und Kartoffeln entzogen, damit unbezahlbares Federvieh auf den Markt kommt. — Es wird von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß verlust wird, die Kohlenpreise zu steigern. Es würden Kohlen frei Danzig der Zentner für 1,30 Mark geliefert, da genüge der bisherige übliche Preis für den Kleinhandel. Gewünscht wurde die Vorschrift, daß Kohlen nur nach Gewicht verkauft werden dürfen. — Beilagt wird das Verschwinden der Gersten-Größe und -Graupe seit der Herabsetzung des Höchstpreises und das gleichzeitige Auftauchen von Gerstenmehl zu einem doppelt so hohen Preise. Es wurde die Vermutung ausgesprochen, daß Größe und Graupe zu Gerstenmehl vermahlen wurde, um das Gesetz zu umgehen. Es wurde eine Untersuchung und Festsetzung eines Höchstpreises von 30 Pfennig für das Pfund Gerstenmehl gewünscht. Von einem Herrn wurde die Aufmerksamkeit darauf hingelenkt, daß vom Bahnhof Vegetor jetzt auffällig viel Lebensmittel nach außerhalb geschickt werden sollen. Es bestche mithin die Möglichkeit, daß für die Danziger Bevölkerung bestimmte Waren von Händlern wieder fortgeschickt werden. — In Bezug auf die Gerste wurde auch darauf hingewiesen, daß man 230 Gramm Gerste oder Größe nicht erhalte, wohl aber überall in jeder Menge den Liter Bier, der aus dieser Gerstenmenge hergestellt worden ist. Deshalb sollte es Bier nur gegen eine Grünkarte geben. — Eingehend wurde auch der städtische Großmarkt für Gemüse und Obst besprochen. Es wurde darüber geklagt, daß insbesondere die Äpfel in erster Reihe die meisten in großen Mengen an Großhändler verkauft werden und was dann übrig bleibe, erhalten die Kleinändler und die andern Käufer. Es handelte sich um eine gemeinnützige Einrichtung, die jedermann gleichmäßig zur Verfügung stehen sollte. Man müßte in erster Reihe diejenigen befriedigen, die einzelne Zentner kaufen wollen, nicht umgekehrt. Weiter wurde gewünscht, daß der Großmarkt weniger die teuren Tafeläpfel, als die billigen geschüttelten Äpfel dem Publikum zur Verfügung stellt, denn die Tafeläpfel könne man ja zum Einlochen nicht kaufen. Gewünscht wurde auch der Verkauf in Mengen unter einem Zentner.

Ausländische Äpfel.

Die vor einiger Zeit festgesetzten Höchstpreise für Äpfel unterschieden zwischen Fallobst und Tafelobst. Der Preisunterschied betrug etwa 5 Pfennig. Die Folge war, daß

es fast nur noch Tafelobst gab. Es gibt aber keine Höchstpreise für ausländische Äpfel. Und nun sieht man, wie bürgerliche Blätter klagen, wieder in erheblichem Maße Auslandsäpfel angepriesen. Es wird z. B. in der Danziger Zeitung gelagt, daß es gemeinschädlich sei, wenn durch diese Auslandsware die inländischen Preise wucherisch gesteigert würden. Auch würde durch solche Ware mit höherem Preise der Unredlichkeit Tür und Tor geöffnet. Wenn diese fremden Äpfel zu höherem Preise verkauft werden dürften, dann gäbe es in Zukunft nur noch Auslandsäpfel. Es sei daher besser, wenn man uns mit dieser Ware verschone und dafür Sorge, daß die deutschen Äpfel nicht zurückgehalten würden. — Diese Auffassung hat gewiß viel für sich und es wird wenige Verbraucher geben, die ihr nicht zustimmen. Wenn man sich aber deutlicher über diese „ausländischen“ Äpfel äußern sollte, kann man vielleicht ohne Irrtum meinen, daß sie gar nicht fremd, sondern echt deutsch sind! Sie haben wahrscheinlich nur die bloß im Namen weitläufigere Verwandlung durchgemacht, die man früher vom Fall- zum Tafelobst beobachtet konnte. Dieser unangenehmen Preistreiber sollte durch Ausdehnung der Höchstpreise auf alle auf den Markt kommenden Äpfel und durch Beschlagnahme der zurückgehaltenen Ware ein schnelles Ende bereitet werden.

Zwiebelhöchstpreise sind durch Verordnung des Stellvertreters des Reichskanzlers festgesetzt worden. Die Kleinverkaufspreise sind auf höchstens 14 Pfennig für ein Pfund für die Zeit bis zum 14. November 1916 vorgesehen und steigt dann monatlich um je 1 Pfennig, bis sie am 15. April 1917 20 Pfennig erreichen dürfen. Für besondere Zwiebelarten können Ausnahmen zugelassen werden. Die Höchstpreisfestsetzung ist begleitet von einer Bestimmung, die eine Enteignung der Zwiebeln zuläßt und eine Auskunftsspflicht vorschreibt.

Da die Zwiebelarten in diesem Jahre durchaus nicht schlecht war, ein Mangel an Zwiebeln also nicht besteht, wird man erwarten dürfen, daß nun auch die Zwiebeln dem Markte nicht ferngehalten werden. Sollte dies trotzdem der Fall sein, so müßte rücksichtslos mit der Beschlagnahme vorgegangen werden, damit nicht große Mengen Zwiebeln durch Verderben der Ernährung entzogen werden.

Unentgeltliche Gemeindeforderungen.

Die Gemeinde Friedrichsfelde-Karlshorst beabsichtigt, ihren bedürftigen Bewohnern Leder unentgeltlich zu liefern. In einer Versammlung der Schuhmachermeister der Gemeinde teilte der Bürgermeister Ungewitter diesen Plan mit und gab gleichzeitig die Bedingungen bekannt, unter denen die Gemeinde Sohlenleder überwiesen erhält. Es wird beabsichtigt, den bedürftigen Einwohnern Sohlenleder unentgeltlich zu liefern und außerdem die Kosten des Besohlens zu übernehmen. Minderbemittelte erhalten ebenfalls Sohlenleder unentgeltlich, die Gemeinden zahlt ihnen außerdem die Hälfte der Kosten des Besohlens.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

Die am 6. November im Bürgergarten abgehaltene Generalversammlung bestätigte nach längerer Auseinandersetzung das Protokoll unverändert als richtig. Vertreter der Minderheit forderten die in der letzten Versammlung vorgenommene Ergänzungswahl der Pressekommission als unzulässig an. Die Versammlung erkannte auch diese Wahlen mit erheblicher Mehrheit, 50 gegen 30 Stimmen, als richtig an. Genosse Gehl gab dann die Abrechnung für das III. Quartal. Die Entlastung wurde einstimmig erteilt. Darauf referierte Genosse Wendt-Bromberg über den historischen Materialismus. In seinem Vortrage gab er eine gut ausgearbeitete Uebersicht der entscheidenden Gesichtspunkte der verschiedenen Weltanschauungen. Ausführlich verbreitete er sich über die von Marx und Engels wissenschaftlich begründete historisch-materialistische Geschichtsauffassung. In der Debatte wurde seinen Ausführungen, die sich sogar bei diesem Stoff um Mehrheit und Minderheit drehen, in der Hauptsache zugestimmt. Nur ein Sprecher wandte sich gegen den Referenten. Erst um 12 Uhr endete die Versammlung.

Die Stadtverordnetenwahlen der zweiten Abteilung

schiene der Harmonie bei den vereinigten bürgerlichen Parteien wieder schädlich zu sein. Die schöne Uebereinstimmung

herr Stein in der Titelrolle, Herr Seebach als Landgraf und Herr Schimmel als Wolfram von Eschenbach. Die Chöre gelangen ausgezeichnet. Um die Inszenierung hat sich Herr West wohlverdient gemacht.

Martha.

Oper von Flotow.

Zu den am häufigsten gespielten deutschen Opern gehört noch heute Martha des Meidenburgers von Flotow (1812—1883). Bereits 1847 erfolgte die Uraufführung. Trotzdem die erste Kritik ihre Schwächen immer gezeigt hat, sie als oberflächliche Arbeit tadelte, hat sie sich bis heute in der Gunst des großen Publikums erhalten. Sie hat trotz mancher Schwächen auch reiche Vorzüge. Vor allem schmeichelnde Melodien und die eigenartige Verbindung jehtschuchvoller Komantik mit burleskem Humor.

Unter der sicheren und geschickten Leitung des Herrn Heidenreich kamen die Schönheiten der Flotowschen Musik voll zur Geltung. Die Titelrolle sang Fr. Stein vom Stadttheater Graz als Gast auf Engagement. Die Durchführung der Rolle bewies ihre reichen und schönen stimmlichen Mittel.

Durch einen angenehmen weichen Tenor riß Herr Hömmler das Publikum zu stürmlichem Beifall hin. Gesanglich und durch munteres Spiel mußten Fr. v. Czarlinska und Herr Seebach das Liebespaar Vauci-Blankett gut dazustellen. In den kleineren Rollen als Lord, Tristan und Richter betätigten sich die Herren West und Harder aufs

Beste. Die Chorgesänge gelangen sicher und gut, die Spielleitung war bei Herrn West in bewährten Händen.

Die rätselhafte Frau.

Lustspiel von Reinert.

Sie ist eigentlich gar kein so rätselhaftes Wesen, diese Frau Eva eines Fabrikanten. Sie ist vielmehr eine jener Frauen der wohlhabenden Kreise, denen die Liebeserlebnisse einziger Lebensinhalt sind. Deshalb läßt sie sich von ihrem Manne scheiden, weil ihr seine — Nase nicht mehr gefällt. Sie heiratet den Rechtsanwalt, der ihr bei der Ehescheidung zur Seite stand. Aber auch diese Liebe ist nicht von Dauer. Als sie mit dem ersten Gatten wieder zusammentrifft, will sie mit ihm durchbrennen. Schließlich erwacht in ihr aber auch der Schrei nach dem Kinde. Sie hofft, durch ein Kind das bisher vermiedene Glück zu finden und bleibt bei ihrem jetzigen Gatten. Beständiger als ihr „Liebe“ zu ihrem Gatten bleibt die Zuneigung zu ihrem Hausfreund. Das Stück ist flott geschrieben, der Dialog glänzend und witzig. Die Personen sind gut gezeichnet. Wenn eine Kritik meinte, das Stück sei unruhig, da die „rätselhafte Frau“ nicht mehr die deutsche Frau von heute sei, deren Leben durch den Weltkrieg neuen Inhalt erhalten habe, so trifft diese Anschauung sicher nicht zu.

Es erübrigt sich, hier auf die Leistungen im einzelnen einzugehen. Genug, daß alle Darsteller sich durch charakteristisches und flottes Spiel auszeichneten. Das Haus war sehr belustigt und spendete lebhaften Beifall.

gagen, daß das Parlament auf die Leistung der auswärtigen Politik Einfluss nehmen wolle.

Manchester Guardian schreibt über die Aeußerung Cecilis in einem Leitartikel: Das englische Parlament erhalte jetzt weniger Informationen über auswärtige Fragen als die französische Kammer oder der deutsche Reichstag. Der Haushaltsausschuß des Reichstags habe zwar keine so weitreichende Befugnisse wie die französische Kommission für auswärtige Angelegenheiten, aber der Kanzler und seine Vertreter legten vor ihr die deutsche Politik dar, und der Ausschuß werde jetzt weiterfragen, wenn der Reichstag auseinander gehe, so daß eine enge Fühlung zwischen Regierung und Parlament bestehen bleibe. In England sei nichts davon der Fall.

Die Sozialdemokratie fordert Erhöhung der Familienunterstützungen.

Im Ausschuß für den Reichshaushalt wurde am 2. November zunächst die Besprechung über die Rohstoffe fortgesetzt. Dann wandte sich der Ausschuß dem Sozialpolitischen und der Sozialfürsorge zu.

Abg. Hierl (Soz.) begründete die Anträge, daß Zusatzrenten nach dem früheren Arbeitsverdienst auch den Kriegsbeschädigten gewährt werden, und daß die Unterstützung der Kriegsfamilien erhöht werde. Die Unterstützungen sollen mindestens betragen: für die Ehefrau 20 Mark und für jeden sonstigen unterstützungsberechtigten Angehörigen monatlich 10 Mark. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sollen verpflichtet werden, aus ihren Mitteln angemessene Zuschüsse zu zahlen, mindestens im Betrage von 50 Prozent der obigen Sätze. Eine Erhöhung der Familienunterstützung sei deshalb unabwendbar, weil die Teuerung immer stärker geworden sei. Ueberdies gäbe es noch zahlreiche Lieferungsverbände, in denen die Gemeinden keine oder nur durchaus ungenügende Zuschüsse leisten.

Abg. Dieckhoff (Fortchr.) trat für eine Erhöhung der Familienunterstützung ein. Die Zwangsvorschrift für die Gemeinden, die in dem sozialdemokratischen Antrage enthalten sei, gehe aber zu weit.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Der Bundesrat habe über die Erhöhung der Familienunterstützung noch keinen endgültigen Beschluß herbeigeführt. In den Vorbesprechungen aber sei die Meinung hervorgetreten, daß die Kriegsfamilien auch im Winter mit den jetzigen Unterstützungssätzen auskommen müßten. Eine allgemeine Erhöhung der Reichsunterstützung auf 20 Mark und 10 Mark wäre verfehlt.

Die Sozialdemokraten zogen den Antrag, der die Zusatzrenten für die Militärinvaliden fordert, zurück, da die Angelegenheit in ihrem Sinne durch die Erklärung des Regierungsvizepräsidenten erledigt sei. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Erhöhung der Familienunterstützung wurde abgelehnt und dafür eine Resolution angenommen, in der der Reichskanzler ersucht wird, 1. die Sätze auf 20 und 10 Mark zu erhöhen und 2. eine Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, nach der die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet werden, aus ihren Mitteln Zuschüsse zu den Unterstützungen bis zur Behebung der Bedürftigkeit zu gewähren, und daß sie zur Erfüllung dieser Verpflichtung durch die Behörden angehalten werden. Die Anträge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wurden abgelehnt.

— **Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben.** Dem preussischen Landtage wird ein Gesetzentwurf über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben zugehen. Wie erinnertlich, sind im preussischen Landtag bereits im Januar 1915 110 Millionen und in diesem Frühjahr 200 Millionen Mark zu dem genannten Zwecke bewilligt worden; diese Summen sind inzwischen verausgabt, so daß die Bewilligung weiterer Millionen erforderlich ist.

Das Urteil gegen Liebknecht rechtskräftig.

Amlich meldet das W. T. B. unterm 4. November: In der heutigen Verhandlung des Reichsmilitärgerichts wurde die Revision Liebknechts gegen das oberkriegsgerichtliche Urteil des Gouvernementsgerichts Berlin verworfen.

Liebknecht war, wie berichtet, am 23. August vom Oberkriegsgericht des Berliner Gouvernements wegen verübten Kriegsverrats, erschwerter Angehörigens und Widerstand gegen die Staatsgewalt zu vier Jahren ein Monat Zwangsarbeit, Ausstoßung aus dem Heere und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Auf Antrag des Reichsmilitäranwalts Steinberger wurde im Interesse der Staatsicherheit und militärdienstlicher Interessen die Öffentlichkeit bis zur Urteilsverkündung ausgeschlossen. Nach zweifündiger Verhandlung verkündete der Verhandlungsführer, Senatspräsident Lwelle in öffentlicher Sitzung: Der Gerichtshof hat die Revision des Angeklagten verworfen.

„Der Angeklagte war wohl zur Reichstagsverhandlung erlaubt, er war aber zweifellos aktiver Soldat und unterstand der Militärgerichtsbarkeit. Der Angeklagte hat sich auch des versuchten Kriegsverrats schuldig gemacht. Kriegsverrat ist ein im Kriege begangener Landesverrat. Wenn der Angeklagte auch vielleicht nicht die Absicht hatte, dem Feinde Vorschub zu leisten oder die Heeresmacht Deutschlands zu schwächen, so hat er doch vorsätzlich gehandelt, und es genügt, daß die Handlungsweise des Angeklagten geeignet war, die Wirkung hervorzuheben. Dem Angeklagten ist vom Berliner Bezirkskommando auf Grund eines Allerhöchsten Erlasses, wonach Unteroffizier und aktiven Mannschaften verboten ist, an revolutionären oder sozialdemokratischen Versammlungen teilzunehmen, der Befehl erteilt worden, sich von derartigen Veranstaltungen fernzuhalten.“

„Er hat sich nicht allein des erschweren Angehörigens schuldig gemacht, er hat auch Widerstand gegen die Staatsgewalt begangen. Die Exekutivbeamten waren genötigt, im Interesse der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung den Angeklagten auf dem Potsdamer Platz in Berlin zu verhaften. Er hat sich dieser Verhaftung widersetzt. Deshalb ist die Revision verworfen und dem Angeklagten werden die Kosten des Verfahrens auferlegt.“

Kriegsgewinne der Sprengstoffindustrie.

Das Verbandsblatt des Fabrikarbeitersverbandes bringt eine Zusammenstellung, wonach bei den 19 Aktiengesellschaften der Sprengstoffindustrie betrug:

	1913	1915	Steigerung in Proz.
das Aktienkapital . . .	61 725 000	92 925 000	50
die Reserve . . .	25 100 000	33 365 000	33
der Reingewinn . . .	17 281 000	48 551 000	181
die Dividendensumme . . .	9 306 000	21 477 500	131
der Prozentsatz d. Divid.	15,1 Proz.	23,1 Proz.	53

Die Gegenüberstellung spricht Bände. Sie zeigt, daß die Sprengstoffindustrie die „Konjunktur“ nach allen Regeln kapitalistischer Profitmacherei ausgenutzt hat. Ohne Strupel und Zweifel hat sie die Zeit des Krieges benützt, um Gewinne anzuhäufen und auszuschütten, die geradezu märchenhaft anmuten. Diese Gewinne konnten nur erzielt werden durch eine Preisstellung der Sprengstoffe, die zu den Erzeugungskosten in auffälligen Mißverhältnis steht, also durch Uebervorteilung des Reiches und der sonstigen Verbraucher, darunter auch der Bergarbeiter. Die Sprengstoffindustrie ist für die Ueberführung in den Besitz des Reiches durchaus reif. Sie ist technisch entwickelt, kapitalistisch stark zentralisiert und in verhältnismäßig wenig Betrieben zusammengefaßt. In einem sehr straffen Privatmonopol findet das Reich organisatorische Grundlagen, auf denen es weiterbauen könnte. Eine Anzahl Pulverfabriken sind schon seit langen Jahren im Besitz der Bundesstaaten; es fehlt also nicht an Erfahrungen aus der Praxis.

Osterreich-Ungarn

— **Galizien soll innere Selbständigkeit erhalten.** Der Kaiser von Osterreich hat an den Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt, es sei des Kaisers Wille in dem Augenblicke, in welchem der neue Staat Polen zur Entstehung gelangt, Hand in Hand mit dieser Entwicklung auch dem Lande Galizien das Recht zu verleihen, seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gebieten im Einklange steht, selbstständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung zu bieten. Der Ministerpräsident wird beauftragt, dem Kaiser zur geschnitzten Bewirkung geeignete Vorschläge auszuarbeiten und ihm vorzulegen.

Volksernährung

— **Die Ernährung im bevorstehenden Winter.** Das Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes, Generalsekretär Stegerwald, hat in Köln in einer vom christlichen Gewerkschaftsrat einberufenen Versammlung über die Ernährung in diesem Winter folgende Angaben gemacht: 250 Gramm Fleisch werde man bestimmt der Bevölkerung während des ganzen Winters gewähren können. Bestimmte Schichten könnten voraussichtlich noch mehr erhalten, da 20 Millionen Zentner Vieh mehr erzeugt worden sind. Bei den Körnerfrüchten sei eine sehr gute Ernte erzielt. 5 Millionen Tonnen seien mehr als im letzten Jahre eingebracht. Eine Erhöhung der Kartoffelmenge auf mehr als ein Pfund pro Kopf und Tag sei indessen ausgeschlossen. Eier seien sehr knapp, aber Zucker werde man 1½ Pfund pro Kopf und Monat gewähren können. Bei Obst und Gemüse komme man mit Beschlagnahme und Höchstpreisen nicht zum Ziele. Schon jetzt werde vorgearbeitet, daß durch von langer Hand vorbereitete Verträge die ungerichtlich hohen Preise in Fortfall kommen; für die Bierproduktion werde man in Zukunft nur noch 25 Prozent des früheren Bedarfs an Gerste zur Verfügung stellen können.

— **Der Kampf der Presse gegen den Lebensmittelwucher.** Das Kölner Schöffengericht fällt ein Urteil, das für die Pressekritik an den Vorkommnissen auf dem Lebensmittelmarkt von grundsätzlicher Bedeutung ist. Anfang August erschien in vielen Zeitungen Westdeutschlands folgendes Inserat: „15 Heringe für 7,25 Mark. 15 Riefen-Bohrlinge für 7,25 Mark versendet gegen Nachnahme 3. Hebers, Ottersen.“ Da zu jener Zeit noch große Heringe für 18 bis 25 Pf. zu haben waren und die Fassung der Anzeige nicht einwandfrei war, bemerkte die „Rheinische Zeitung“ in Köln dazu, daß demnach jeder Hering 48 Pf. koste; irgend eine Garantie für die Riefenhaltigkeit der Heringe, die im voraus bezahlt werden müßten, bestände nicht. Was gedächten die Behörden gegen eine solche Ausbeutung des Volkes zu tun? — Die Firma Hebers streugte darauf Privatklage gegen den Verantwortlichen der „Rheinischen Zeitung“, Genossen Heber, an, den jedoch das Kölner Schöffengericht mit dieser Begründung freisprach: Es muß der Presse in Wahrung von Konsumanteninteressen, die dem Beklagten auch persönlich naheliegen, das Recht zugesprochen werden, die Zustände auf dem Lebensmittelmarkt zu kontrollieren und sich gegen Verteuerungen zu wenden. Der Kläger hat für seine Heringe einen Preis gefordert, der mit dem damaligen allgemeinen Marktpreise nicht in Einklang stand, mag vorläufige Bereicherung vorliegen oder nicht. Obwohl objektiv eine Beleidigung festgestellt ist, so hat sie der Beklagte doch nicht beabsichtigt; ihm steht vielmehr der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zur Seite. Die Kosten trägt der Kläger.

— **Brotgetreide verfürtert — zwei Monate Gefängnis.** Wegen Verfürterens von Roggen verurteilte das Schöffengericht zu Schlochau den Besitzer Bernhard Buchholz aus Bölsig zu zwei Monaten Gefängnis. Der Mühlenbesitzer Johann Ringwitsch aus Oshnitska hatte einer Frau 10 Pfund Roggen als Mahlkart einbehalten und einem Besitzer 130 Zentner Hafer ohne Mahlkarte verkauft. Das Schöffengericht erkannte gegen ihn auf 200 Mark Geldstrafe. Wegen Verfürterens von Roggen und unberechtigten Hafertausches verurteilte das Schöffengericht in Flatow die Besitzerfrau David aus Larnowke zu 300 Mark Geldstrafe.

Danziger Nachrichten

Dramen des Lebens . . .

Auch während der Herrschaft des Krieges, der so viel Leben zu früh auslöscht, steht der sinnende Mensch erschüttert vor den Rätseln, die das Leben in den meist recht flüchtig betrachteten Katastrophen des Tages zeigt. Am 8. November trieben auf der Ostflau in der Nähe des Kranktores aneinander gebunden zwei Tote. Es waren die entseelten Körper der Frau des Arbeiters Nynkowskii aus der Baumgartischen Gasse und ihrer 13jährigen Tochter Paula. Der Mann soll auf der Kaiserl. Werkf arbeiten. Eine zweite Tochter gehört noch zur Familie. Schon am 21. Oktober sollten die Frau und das Mädchen die Wohnung verlassen haben. Der Grund dafür sollen Zwistigkeiten zwischen den Eheleuten gewesen sein. Mutter und Tochter haben wohl gemeinsam den Entschluß zum Verlassen des Lebens gefaßt. Was muß vor allem auf die Seele des Kindes gewirkt haben, um es dahin kommen zu lassen. . . Welche Probleme entrollen sich da dem Nachsinnen. — Die neuesten Nachrichten überschreiben ihre Mitteilung wieder so sehr unartig: Angeschwemmte Leichen.

Erhöhung der Kriegsunterstützung.

Die Erhöhung der Unterstützung, die den Angehörigen unserer Krieger gewährt wird, erweist sich täglich dringender. Die Preise vieler wichtiger Gebrauchsartikel sind schon stark in die Höhe gegangen. Weiteres Steigen der Preise macht sich leider bemerkbar. In Berücksichtigung dieser Umstände und der Dauer des Krieges hat auch der Reichstag zu dieser

Frage Stellung genommen. In Anlehnung an einen sozialdemokratischen Antrag wurde einstimmig eine Resolution beschlossen, welche die Erhöhung des monatlichen Betrages der Reichsunterstützung für eine Kriegerfrau auf 20 Mark und für ein Kind auf 10 Mark forderte. Aber auch diese Beträge hielt der Reichstag noch nicht für genügend. Er forderte, daß die Omeiden mehr als bisher die Reichsunterstützung durch eigene Zuschüsse erhöhen sollen. Damit hat sich der Reichstag auf den von uns immer vertretenen Standpunkt gestellt. Der gleichen Meinung ist auch die Regierung. Leider hat sich die Verwaltung Danzigs noch immer nicht zu dem Verfahren verhalten können, das alle Großstädte durchweg zur Anwendung bringen. Hier gibt es bekanntlich nur auf besonderen Antrag und beim Nachweis spezieller Bedürftigkeit einige Gaben von der Kriegshilfe. Es ist begreiflich, daß diese Zuwendungen in den Augen der Angehörigen der Krieger den Charakter von Almosen tragen. Seitens der Stadtverwaltung glaubt man des Verfahrens mit der Begründung stützen zu können, daß man der Notwendigkeit besser folgt, wenn man nur auf Antrag gibt. Man könnte diesen Gesichtspunkt für berechtigt halten, wenn der vom Staat gezahlte Betrag so hoch wäre, daß er alle notwendigen Aufwendungen zu decken erlaube. Auch dann bliebe eben noch außerordentlich viel zu tun übrig. Für besondere Zuwendungen wäre dann immer noch genug Raum. Wie dieses Verfahren anderwärts geübt wird, zeigt z. B. die Großstadt Hamburg. Sie zahlte bisher für einen alleinlebenden Erwachsenen einen Zuschuß in der Höhe, daß er insgesamt 40 Mark monatlich erhielt. War der alleinlebende ein Mann, vielleicht der Vater des Kriegers, so wurden ihm 45 Mark gezahlt und für die alleinlebende Ehefrau 46 Mark. Neuerdings hat Hamburg diese Sätze aber ebenfalls noch erhöht. Jetzt erhält der alleinlebende Erwachsene an Reichsunterstützung und Zuschuß 54 Mark, eine Kriegerfrau mit einem Kinde 72 Mark, mit zwei Kindern 85 Mark, bis mit sieben Kindern 133 Mark. Vergleicht man diese Mindestbeträge mit den in Danzig nur gezahlten Sätzen der Reichsunterstützung, so versteht man wirklich nicht, wie die Mehrheit der Danziger Kriegerfrauen mit diesen Beträgen auskommen soll. Es ist an der Hand dieses praktischen Beispiels dringend zu wünschen, daß auch in Danzig endlich der laufende städtische Zuschuß eingeführt wird.

Briefe an Kriegsgefangene.

Der Stellvertretende Kommandierende General, Generalleutnant Wagner, ersucht uns um Veröffentlichung nachstehender Zuschrift:

„Aus Flugblättern, die feindliche Flieger in unseren Linien ausgeworfen haben, ist ersichtlich, daß das deutsche Volk beim Schreiben von Briefen an seine in Gefangenschaft geratenen oder an der Front stehenden Angehörigen die im vaterländischen Interesse dringend gebotene Vorsicht öfters vermissen läßt.“

Die Briefe sind in Urchrift durch photographische Aufnahme in diesen Flugblättern wiedergegeben.

Sie schildern mancherlei Begebenheiten und Zustände unseres jetzigen Wirtschaftslebens, z. B. das lange Stehen vor den Lebensmittelgeschäften, unerquicklich, sich hierbei ergebende Zustände, wie Zankereien usw., Klagen über knappe zur Verteilung gelangende Mengen an Milch, Butter, Fleisch und Fetten usw.

Die Schreiber solcher Briefe bedenken nicht, wie unendlich viel sie dem Vaterlande hierdurch schaden. Gewiß ist es unseren Feinden wohlbekannt, daß wir in unserem Wirtschaftskampfe schwer zu ringen haben. Es ist aber durchaus unerwünscht, wenn durch derartige Klagen und Schilderungen den Feinden immer aufs neue Einblicke in unsere Verhältnisse, oftmals sogar Fingerzeige für neue, gegen uns auf dem Gebiete des Wirtschaftskrieges zu ergreifende Maßnahmen gegeben werden. Jede derartige Nachricht wird in meist übertriebener Weise aufgebauscht in den feindlichen Ländern verbreitet, und dann perwertet, die schon stark gesunkene Siegeszuversicht der Feinde wieder neu aufzupeitschen und sie zu weiteren Kämpfen anzufachen.

Schließlich sollten auch die Schreiber derartiger Briefe bedenken, daß sie nicht nur die Stimmung in Feindesland feindlicher Gefangenen stark bedrücken, sondern auch unsere tapferen Kämpfer an der Front mit unbegründeter Sorge um ihre Angehörigen erfüllen und dadurch ihr Gas noch mehr erschweren.“

Schwinkel mit Speise- und Puddingpulvern.

Bei den in neuerer Zeit viel in den Handel gebrachten Speise- und Puddingpulvern hat das Nahrungsmittel-Untersuchungsamt der Landwirtschaftskammer Berlin eingehende Untersuchungen angestellt und die Beobachtung gemacht, daß fast durchweg billige Erzeugnisse unter Phantasienamen zu unerhöht hohen Preisen verkauft werden. In festen Packungen werden dem Publikum 200 Gramm Weismehl beziehungsweise Mischungen desselben mit andern Mehlarten zum Preise von 1,10 Mark und darüber unter Namen wie „Ihnur“, „Maisur“ und dergleichen verkauft, so daß also ein Pfund dieser Waren 2,50 bis 3 Mark kostet. Dieser Preis steht in keinem Verhältnis zu dem wirklichen Wert und sollte vom Käufer unbedingt abgelehnt werden. Andere erwiesen sich als Gemisch von Reis-, Hafer- und Kartoffelmehl, die gleichfalls mit 1 Mark für 200 Gramm weit über ihren Wert bezahlt werden. Ein Malzena-Erfaß bestand aus gemahlener Weizenpelzen, denen ein Nährwert nicht zugesprochen werden kann. 20 Gramm gefärbtes und aromatisiertes Kartoffelmehl und Getreidekörner als Kartoffel-Pulver kosten 25 Pfennig; für 1 Pfund derartiger Ware berechnet sich daher der unerhörte Preis von 5,50 Mark. Mit weiteren ähnlichen Beispielen ließe sich aufwarten. Vor dem Ankauf derartiger Erzeugnisse ist aufs dringendste zu warnen.

Zur Frage der Massenpeisung.

Ein auswärtiger Gewerkschaftsbeamter schreibt über die praktische Handhabung der verschiedenen Arten der Massenpeisung in Berlin:

Ueber die Massenpeisung konnte ich vorige Woche in Berlin einige Beobachtungen machen. Es ist gerade, als ob mir die Einwendungen gegen den allgemeinen Charakter

vorgeschwebt wären, denn ich habe mich nach dieser Richtung genau umgesehen und nach Schattenseiten geseht.

Da ist zunächst die große Massenveranstaltung an der Kochstraße, Bahnhof Alexanderplatz. Dort werden täglich in der Zeit von 12 bis 2 Uhr mittags über 4000 Personen gespeist. Das Essen besteht aus einem Liter Suppe oder Gemüse mit ein wenig Fleisch oder Hering zum Preise von 40 Pfennig. Der geträumte, gut durchwärmte Stadtbahnhofen ist abgeteilt für Schulkinder und Erwachsene. Das „Schanzengrün“ bringt sich jedermann selbst mit, auf den Tischen stehen große Krüge mit irischem Whisky und Likörbecher, Salzlächer, sogar je ein Blumenstrauß. Gleich nebenan sind die mächtigen Kochherde, sowie die modernsten Maschinen mit elektrischem Antrieb zum Waschen und Reinigen der Gemüse und Kartoffeln aufgestellt. Man wird von sauberen Frauen bedient und erfreut sich an der überall herrschenden Ordnung und Reinlichkeit. Die von mir bemerkte Schattenseite besteht darin, daß bei der geringen Zahl dieser Anstalten nur ein kleiner Prozentsatz derjenigen, die leider nur 40 Pfennig für ein Mittagessen aufwenden können, von der Einrichtung Gebrauch machen kann. Mir fehlte also in der Hauptsache der allgemeine Charakter.

Im anderen Tage besichtigte ich die sogenannte Mittelstands Küche an der Potsdamer Brücke. Hier war ebenfalls kein Mäßiges mehr frei zum Essen. Es gab Suppe, Gemüse, Braten und Kompott zum Preise von 75 Pfennig. Das Essen war freilich für einen Arbeiter etwas knapp, ich habe aber auch keine solchen Scherereien gesehen. Meiner Schätzung nach waren die Köche Handlungsgehilfen und -gehilfinnen, Beamte, Lehrerinnen und vielleicht auch solche Leute, welche sich gewöhnlich zu den besseren Ständen rechnen; ich glaube sogar Brillanten bemerkt zu haben. Jedenfalls habe ich beim Vergleich mit den Spielarten verschiedener Restaurants das Gebotene für mich als halb gezeichnet bezeichnen müssen, was ich bei der zuerst gekehrten Volksspeisehalle nicht gerade sagen konnte. Die Zubereitung und Abgabe der Speisen erfolgt unter persönlicher Mitwirkung von Damen der Gesellschaft, bedient wird man von Soldaten. Die von mir bemerkte Schattenseite war wieder was ausschließlich das Festen des allgemeinen Charakters.

Zum Dritten wird in den städtischen Krankenhäusern für die Angehörigen der Krankenkassen, welche auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses zugelassen sind, Krankenkost verabreicht. Das städtische Krankenhaus im Friedrichshain speist täglich über 600 Personen. Es gibt Form I, das ist Diabetikerdiät, zu 75 Pfennig; Form II, ganze Kost, auch 75 Pfennig; Form III, 3/4-Kost, zu 50 Pfennig für das Mittagessen. Alles ist appetitlich, gut und sehr billig. Was mir nicht gefiel? Die Beschränkung auf eine gewisse Zahl von Kranken.

Ich möchte wünschen, daß bei dieser Frage der allgemeine Charakter nicht zu kurz kommt.

Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die allgemeine Zwangsverpflegung das wirksamste Mittel zur Hebung der Ernährungsschwierigkeiten ist.

Milchpreis?

In unserer am 28. Oktober erschienenen Nummer 48 machten wir in einem Artikel Erhöhung der Milchpreise darauf aufmerksam, daß eine „Minderung“ des Milchpreises zu erwarten stehe. Der gegenwärtige Höchstpreis für den Liter Vollmilch beträgt 28 Pfennig und für Magermilch 14 Pfennig. Die Erzeuger sind aber beim Verkauf an den Händler in keiner Weise gebunden. Sie erhalten etwa 23 Pfennig für den Liter Vollmilch. Seit längerer Zeit ist man aber bemüht gewesen, höhere Preise zu erlangen. Dabei sind die 23 Pfennig Erzeugerpreis gegen den Friedenspreis für Vollmilch von 10—13 Pfennig schon eine Steigerung von 100 Prozent. Sogar für Berlin, wo erhebliche Transportwege in Frage kommen, ist der Erzeugerhöchstpreis auf 25 Pfennig festgesetzt. Trotzdem bestehen bei den Milchproduzenten Reizungen den schon hohen Preis für Vollmilch und den für Magermilch gar um 100 Prozent zu erhöhen. Nach der Regelung des Vollmilchbezuges, der leider nur in der Weise erfolgen konnte, daß Kinder unter 6 Jahren und Kranken usw. auf ärztliche Verordnung beschränkte Mengen Vollmilch erhielten, erklärte sich der Magistrat bereit, die den Erzeugern übrig bleibende Milch für den Händlerhöchstpreis von 28 Pfennig abzunehmen. Darauf erschien in der Nummer 258 der Konseration Danziger Allgemeinen Zeitung am 2. November folgendes Anferat:

Auktion.

Wegen Mangel an Milchablag stelle ich am 15. November d. J. von 10 Uhr vormittags ca. 80 Milchkühe tragend, hochtragend und frischmilchend, zum Verkauf. Regal, Weichhof bei Langfuhr.

Ueber diese bei dem leider bestehenden Mangel an Vollmilch geradezu aufreizende Ankündigungen wurden sogar die Danziger Neuesten Nachrichten sehr ungeschaltet. Sie fragten am 3. November, ob man sich „eine ärgere Verhöhnung der Bevölkerung Danzigs“ denken könne, die in vielen Wochen stundenlang vor den Täden gewartet habe, um ein wenig Milch zu erlangen. Weichhof liege nur eine halbe Stunde von Danzig. Man habe dort also wissen müssen, welche Schwierigkeit die Milchversorgung dem Magistrat gemacht habe. Das Blatt teilte mit, daß der Besitzer Regal nach der Milch-

regelung vom Magistrat gefordert habe, daß er an seinen Kunden wo er liefern dürfe. Die Neuesten Nachrichten meinten mit vollem Recht, dieser Fall sei ein Schmelzspiel dafür, wie ein Landwirt zu handeln vermöge, dem die ganze Richtung nicht passe. Sie forderten daher rückhaltloses Vorgehen gegen den Besitzer und die militärische Bewirtschaftung seines Gutes. Am 4. November teilte das Blatt mit, daß Regal die Milch jetzt doch an die von der Stadt bezeichneten Molkereien liefere. Es dürfte daher der Verkauf der Kühe nicht mehr zu erwarten sein. Dazu teilt es ein ihm von L. zugegangenes Schreiben mit, das wenigstens indirekt für die Gründe dieses ungewöhnlichen Streits sehr bezeichnend ist. Es wird darin die Hauptschuld für die unterbliebene Verständigung mit der Stadt dem Direktor des städtischen Kriegsernährungsamtes zugeschoben. Schließlich meint L. aber, daß er von dem Angebot des Magistrats, die Milch für 28 Pfennig pro Liter zu übernehmen, vor der Anordnung des Verkaufs der Kühe nicht gewußt habe. Nach seiner Meinung sollte er nur 26 Pfennig bekommen. Die Milchherzeuger sollten kämen jetzt auf 35 bis 37 Pfennig pro Liter. Hiernach kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, welches die wirklich treibende Kraft bei dem beabsichtigten Verkauf gewesen ist. Die Neuesten Nachrichten erklärten den Fall durch das Schreiben für die Öffentlichkeit für erledigt. Nach unserer Ansicht war das eine zu rofige Beurteilung. Aus dem Handgelenk und nur wegen einer Marotte werden solche ungewöhnlichen Dinge gewiß nicht unternommen. Man braucht gar nicht zu mißtraulich zu sein, um in dem Vorgehen eine Einwirkung auf die Erhöhung des Milchpreises zu erkennen. Am 6. November teilte der Magistrat durch eine Notiz in den Tagesblättern die bevorstehende Regelung des Milchpreises mit. Er äußerte sich darin hauptsächlich über die im Wagenvertrieb nicht abgesetzte Milch und meinte, daß die Abnahme für 28 Pfennig pro Liter von den städtischen Stellen nur eine Uebergangsmaßregel sein könne. Mit 2 Pfennig berechneten die Erzeuger ihre Unkosten für das Anfahren pro Liter. Diesem Umstand müsse bei der Regelung der Preise Rechnung getragen werden. Hiernach scheint es, daß für die Milch ein Literpreis von 26 Pfennig festgesetzt werden soll. Wegen des Verkaufspreises an die Verbraucher hört man bei dieser Gelegenheit nichts. Wir können daher wohl annehmen, daß seine Erhöhung, die auch durchaus ungerechtfertigt sein würde, keinesfalls in Frage kommt.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur A. Bariel, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Uhren

mit 3jähriger schriftl. Garantie
Große Auswahl
in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren
Werkuhren in allen Preislagen
S. Lewy Nflgr.
Uhrmacher, nur Breitgasse 28. 415

Trauer-

Julius
Goldstein
Bremen
Handschuhe
zu billigsten
Preisen.

Schnupftabak

offiziell
garant. rein
Julius Gosda, Kohltabak-Größhandlung
und Schnupftabakfabrik.
Danzig, Ecke Hältergasse 5 u. 2, Prietnergasse 3. Fernspr. 2428

Der Verband der Kupferschmiede Deutschlands
(Zentrale Danzig)

Sonntag den 19. November 1916

im Lokale der Witwe Steppuhn, Café
Bürgergarten, Karthäuserstraße, zum Besten
des im Felde stehenden Verbandskollegen einen
Unterhaltungsabend
mit Musik und Theater-Darbietungen,
unter starker Unterstützung des Gesangsvereins Sängergesang, wozu die
Hauptkassierinnen Frau Bräunle und Bekannte herzlich eingeladen werden.
Sollte sich im Sommerfest im Bürgergarten das Herr Sellin,
Schiffbauern Nr. 56, freizeiten der Höhe 2 40 Pfennig zu erheben.
Kassendöffnung 8 Uhr. Anfang des Konzerts 6 Uhr.
Der Vorstand.

Der Neue-Welt-Kalender für 1917
Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32

Krieg-Voll-Frieden

Ueber dieses Thema spricht Reichstagsabgeordneter
Hermann Moikenbuhr, Berlin
Donnerstag, den 16. November, abends 8 Uhr
im großen Saale des Gewerbehauses, Elbing
Alle Männer und Frauen, ohne Unterschied der Partei,
sind eingeladen.
Die sehr seltene Gelegenheit, sich von diesem erfahrenen sozial-
demokratischen Politiker über die politische Lage informieren zu lassen,
sollte niemand veräumen.
Zur Bedeckung der Unkosten findet am Eingang des Saales eine
freiwillige Sammlung statt.
415
Der Einberufer: K. Finsel.

Möbner

TABLETTEN
schützen unsere Krieger
vor Erschlungen.
Sie lösen den Durst;
sie erfrischen auf dem
Marsche. Sendet Ap-
theken, Tabakereien an die
Front als

Leinwand

Feldpostbriefe
mit Möbner-Tabletten kosten in
allen Apotheken und Drogerien
M. 2.- oder M. 1.-.

Karbid-Lampen

Karbid- und Taschenlampen,
Sprechmaschinen, Schall-
platten, Nähmaschinen, vor-
und rückwärtsnähend. 1315
Breitgasse
113.
A. Hein,

Arbeiter-Schachklub-Danzig

Jeden Freitag, abends 8 Uhr,
Spielabend im Bibliothekzimmer
des freien Gewerkschaften 4, Damm 7, II. — Am 17. Novbr.
Beginn eines Kurses für Anfänger
Anmeldungen und Auskunft beim Vorsitzenden.
P. Frügel, 4, Damm 7, II.

Wochenplan des Danziger Stadttheaters.

Montag, 13. November, abends 7 Uhr: „Aida“, Oper v. Verdi.
Dienstag, 14. November, abends 7 Uhr: „Die rätselhafte
Frau“, Lustspiel von Reinach.
Mittwoch, 15. November, abends 7 Uhr: „Tannhäuser“,
Oper Wagner.
Donnerstag, 16. November, abends 7 Uhr: „Die gut-
geschänzte Ester“, Trauerspiel von Sudermann.
Freitag, 17. November, abends 7 Uhr: „Karta“, Oper
von Wagner.
Sonnabend, 18. Novbr.: „Eibell“, Lustspiel v. Shakespeare.
Sonntag, 19. November, nachmittags 3 Uhr: „Das Freimaurer-
haus“, Komödie von Reinach. Gemischte Preise.
Abends 7 Uhr: „Margarete“, Oper von Gounod.

Bekanntmachung.

Hilfsbereite Männer aller Berufsclassen, welche entweder völlig
militärdienstfrei oder als dauernd garnison- oder arbeitsverwendungs-
fähig ausgemustert, zum Wehrdienst aber noch nicht eingezogen
sind, und die bereit sind, sich als Krankenpfleger ausbilden zu lassen
können sich im Laufe der nächsten Woche werktäglich in der Zeit
zwischen 9 und 1 Uhr vormittags auf dem Oberpräsidium, Zimmer 91
unter Vorlegung ihrer Ausweis-papiere melden. Auswärtige schriftlich

Der Territorialdelegierte der freiwilligen Krankenpflege für Westpreußen.

von Jagow. 1416

Bekanntmachung.

Nr. W. III. 30009
16. KRA. E. Nr. 2949g.
Am 10. November 1916 tritt eine Bekanntmachung
betreffend Beschlagnahme, Verwendung und Veräußerung von
Flachs- und Hanfstroh, Bastfasern (Jute, Flachs, Ramie
europäischer und außereuropäischer Herkunft) und von Erzeugnissen
aus Bastfasern (W. III. 30009 u. 16. KRA.) in Kraft.
Sie ist in vollem Wortlaut in den Regierungsamts-, in
den Kreisblättern und durch Anschläge veröffentlicht.
Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 10. November 1916. 1415
Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armee-Korps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg